

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

55 (5.3.1896) II. Blatt

Ausgaben
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 3 Mark 80 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigengebühr:
Die Spaltzahl Kolonnenhöhe
über deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte gebliebene Einzeilen
werden nicht aufbewahrt
und können nachträgliche
Honorar-Ansprüche nicht
Berücksichtigung finden.

Nr. 55. II. Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 5. März.

1896.

Die Zuckersteuer im Reichstag.

Berlin, 3. März. In der heutigen Fortsetzung der ersten Beratung der Zuckersteuervorlage ergriff zunächst der Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein das Wort. Er warf einen Rückblick auf die Entwicklung unserer Zuckererzeugung und sagte dabei: Bis 1887 hatten wir nur die Materialsteuer; 1887/88 wurde die Doppelbesteuerung eingeführt, eine Materialsteuer von 0,80 M. für 100 kg Rüben und eine Verbrauchsabgabe von 12 M. für 100 kg Zucker und eine Vergütung der Materialsteuer bei der Ausfuhr von Rohzucker zu 90 Proz. Polarisierung von 0,80 M. die 100 kg. Es steht unbestritten fest, daß diese Gesetzgebung unsere Zuckerindustrie zu dem gemacht hat, was sie jetzt ist, eine Industrie ersten Ranges. Ganz Europa produziert 4,725,000 Tonnen Rohzucker, davon Frankreich 800,000, Rußland 600,000, Belgien 240,000, Holland 25,000, Desterreich-Ungarn 1,050,000 und Deutschland 1,825,000 Tonnen. Diese Gesamtproduktion Deutschlands geht nur zu 2/3 in den inländischen Konsum, 1/3 für den ausländischen Markt bestimmt und müssen für ihn bestimmt bleiben. Daß diese Zuckererzeugung und der Rübenbau diese kolossalen Dimensionen und die weltbeherrschende Stellung auf dem Weltmarkt eingenommen hat, ist wesentlich der Gesetzgebung zuzuschreiben, die ich eben berührt habe. Dazu kommt, daß während sich in andern Ländern Europas die Industrie vielfach als eine kapitalistische entwickelt hat, bei der die Landwirtschaft direkt nicht beteiligt war, diese Gesetzgebung in Deutschland eine im großen und ganzen nicht kapitalistische Entwicklung der Zuckerindustrie und des Rübenbaues zur Folge hatte. Fast überall handelt es sich allerdings um Altanlagen, aber die Altanlagen sind sich nur in den Händen der Rübenbau treibenden Bevölkerung. Wir sind im Beginn der Entwicklung unserer Industrie mit der Materialsteuer eingetreten, Frankreich hatte die Fabriksteuer. Wir haben mit der Materialsteuer den großen Erfolg erreicht. Frankreich ist jetzt zu dem von uns verlassenen Materialsteuer übergegangen, um den denselben Erfolg zu erzielen. Ich glaube, daß diese Gesichtspunkte für die Beurteilung des weiteren Vorgehens auf dem Gebiet der Zuckerbesteuerung nicht außer acht gelassen werden dürfen. Am 31. Mai 1891 wurde mit dem Prinzip der Materialsteuer bei uns gebrochen. Es blieb nur die Zuckererzeugungsabgabe mit einer Ausfuhrvergütung für 3 Klassen mit 1,25 M., 2 M. und 1,65 M. Vom 1. August 1895 bis 1. Juli 1897 soll die Ausfuhrvergütung herabgesetzt werden auf 1 M., 1,75 M. und 1,40 M., und dann soll jede Ausfuhrvergütung aufhören. Man überzeugete sich indessen schon im vorigen Jahre sowohl von Seiten des Reichstags als von der Reichsregierung, daß der durch die Gesetzgebung von 1895 betretene Weg die allerbedenklichsten Folgen herbeiführen würde, und wenn die Ausfuhrvergütung lästig wegfiel, wäre schließlich zum Niedergang, vielleicht zum Untergang unserer Landwirtschaftlichen Industrie und unseres Rübenbaues führen würde. Mit der Annahme der Novelle von 1895 hat der Reichstag sich zu der Überzeugung bekennt, daß der Weg der Gesetzgebung von 1891 nicht fortgesetzt werden dürfe. Das eine Vorlage wie die jetzige gemacht werden muß, ist also dem Reichstag schon entschieden, es handelt sich nur noch um das wie. Grundsätzlich stehe ich genau auf dem Boden wie Herr Richter, der dargelegt hat, daß der allein gesunde Zustand der ist, daß Deutschland nicht mehr Zucker produziert wie der inländische Markt aufnehmen kann, daß der Preis des Rohprodukts der freien Konkurrenz des Weltmarktes überlassen bleibt u. s. w. Das ist alles außerordentlich schön in der Theorie, aber nachdem wir durch unsere Gesetzgebung, wie ich glaube zum Glück und Segen der Landwirtschaft, die Zuckerindustrie und den Rübenbau zu diesem Umfang entwickelt haben, müssen wir mit der That sache rechnen, daß drei Fünftel der Produktion auf den ausländischen Markt angewiesen sind und daß nicht einfach ein Stütz durch diese drei Fünftel gemacht werden kann. Daraus folgert sich, daß der Unterschied zwischen mir und Herrn Richter nicht im Prinzip liegt. Jeder vernünftige Staatsmann, auch der Reichstag muß mit den realen Verhältnissen rechnen. Ihn wir das, so müssen wir uns gemäß des Standpunktes bei Annahme des früheren Gesetzes von dem des Herrn Richter lösen. Der Rübenbau ist das Rückgrat unserer gegenwärtigen landwirtschaftlichen Entwicklung. Die Forderungen in den letzten Decennien in der gesamten Landwirtschaft, für reiche wie arme Böden, Viehzucht, Düngerproduktion, die Forderungen auf wissenschaftlichem wie technischem Gebiet sind ausschließlich der Entwicklung der Rübenkultur und Rübenindustrie zu verdanken. Wenn Herr Richter einen Gegensatz zwischen Süddeutschland und Norddeutschland, welches letztere allerdings vorwiegend beim Rübenbau beteiligt ist, zu konstruieren versucht, wenn er versucht, einen Gegensatz zwischen armen und reichen Böden herzustellen, so ist das irrig. Wenn der Reichstag und die Reichsregierung den süddeutschen Staaten in der Brantweinsteuer eingehende Konzessionen gemacht haben, dann ist es eine Ehrenpflicht der süddeutschen Staaten, dessen eingedenk zu sein, wenn ich auch zugebe, daß der Norden in der vorliegenden Frage mehr beteiligt ist. Deutschland ist ein einheitliches wirtschaftliches Gebiet; wenn ein Glied leidet, leidet die andere mit. Wenn der Rübenbau leidet, ist der Lebensnerv der Landwirtschaft angegriffen. Von den Verhandlungen des deutschen Landwirtschafts-Delegations-Kollegiums und des deutschen Landwirtschaftsrats spricht der Abg. Richter als von einer Scheufling. Abgesehen davon, daß eine solche Bezeichnung für eine Versammlung von absolut sachlichen und sachkundigen Leuten nach meinem Gefühl niemals haltbar ist, da dieser Ausdruck gissermaßen auf die Bezeichnung als eine Komödie hinauskommt, so behaupte ich, daß den durchaus sachgemäßen Verhandlungen der beiden Körperschaften die größte Bedeutung zukommt. Landwirte aus Norden und Süden, aus Ost und West waren hier versammelt, und ihre Interessen gingen zweifellos vielfach auseinander. In der Resolution des Landwirtschafts-Delegations-Kollegiums aber sind alle Gegensätze ausgeglichen, und dem ist doch ein beträchtlicher Wert beizumessen. Dort hat auch Bayern sich ausdrücklich für dieselbe Resolution ausgesprochen. Ich gebe zu, daß eine gewisse Einseitigkeit naturgemäß in jeder Interessenvertretung liegt; kommt es aber trotzdem zu einem einmütigen Beschluß, so gewinnt ein solches Gutachten nur an Bedeutung. (Beifall rechts.) Wir haben in Deutschland 405 Zuckerfabriken. In kleineren Fabriken sind durchschnittlich 600,000 M. Anlagekapital, in größeren 1 1/2 Millionen; es ist nicht zu viel, wenn ich 400 Millionen M. als in den Zuckerfabriken angelegt annehme. Wenn nun die Rübenindustrie verdrängt, namentlich wenn die kleinen Fabriken zu Grunde gehen, was bleibt von diesen 400 Millionen Mark noch übrig? Ich führte im Abgeordnetenhaus schon an, daß in Hannover eine Fabrik, die 600,000 M. gelöst hat, nach 2 Jahren, als sie verdrängt war, beim Verkauf nur 75,000 M. brachte. Daraus können Sie sich ein Bild machen. Welch intensive Kultur ist in den Rübenbau gesteckt, die dann auch verloren wäre. Der Rübenbau hat weiter eine Masse von Folgeerzeugnissen erforderlich gemacht; alle diese wären bei einem Krach für die Landwirtschaft verloren. Nicht minder wichtig ist die indirekte Bedeutung des Rübenbaues. Bei der Verfertigung unseres Marktes mit Bleich ist kein Teil der Landwirtschaft so beteiligt, wie unsere Rübenbau treibende Bevölkerung, weil der Rübenbau außerordentlich reiche Futtermittel erzeugt. Für Bayern ist dieser indirekte Gewinn auf 11/4

Millionen zu berechnen. Denken Sie an den kolossalen Bedarf der Zuckerfabriken an Kohlen, der alljährlich in der Campagne einen Wagenmangel zur Folge hat; denken Sie an die kolossalen Interessen der Maschinenindustrie, die Dampfer, die Schiffsbauprodukte erst recht. Das Baugewerbe, das Tischlergewerbe, kurz wohl alle kleinen Gewerbe sind interessiert. Die Rentabilität unserer Eisenbahnen steht und fällt mit dem Gedeihen unserer Rübenindustrie. Und nun erst die Arbeiterfrage. In den Sommermonaten wird eine halbe Million Arbeiterinnen beschäftigt, in den Wintermonaten bis in den Februar hinein ebenfalls Frauen und Männer. Es giebt keine Industrie, die direkt und indirekt auf Landwirtschaft, Handel und Industrie so einwirkt wie die Rübenindustrie. Während unsere Konkurrenzstaaten rund herum alles amenden, um uns den ausländischen Markt freitrag zu machen, sollen wir die großen Opfer, die wir gebracht haben, den Verzicht auf die Einkünfte aus dem Zucker für die Reichskasse, umsonst gebracht haben, sollen wir den Gewinn wieder fahren lassen, sollen wir die gutgeladene Flinte beiseite legen und unserer Industrie sagen, sie solle sich auf den inländischen Verbrauch einrichten und sehen, wo sie mit den drei Fünfteln ihrer Produktion, die sie bisher ausgeführt hat, bleibe! Und zu einer Zeit, wo die Landwirtschaft zweifellos in einer kritischen Lage sich befindet, wo auf diesem Gebiet wenigstens vermöge der Fabriksteuer auch viele ärmere Böden in die Lage gekommen sind, zum Zuckerbau und zur Zuckerindustrie zurückzugehen, da sollten wir einfach dieses Gebiet ruinieren? Nein, wer es gut und ehrlich mit der deutschen Landwirtschaft meint, der kann mit einem solchen Schritte, der nach der Theorie des Herrn Richter vielleicht richtig ist, aber praktisch die größten Nachteile bringt, nicht einverstanden sein. Herr Richter debütiert lediglich aus dem letzten Jahre, daß sich die Landwirtschaft nicht in schlechter Lage befindet. Das kann ich bestimmt versichern, daß reiche Domänenpächter in einem Jahre 4 bis 500,000 M. in anderen Fällen 300,000 M. zugeföhrt haben. (Sehr richtig! rechts.) Daß dabei auch bei den Reichlichen in absehbarer Zeit der Krach eintritt, ist doch natürlich. Wenn der Ertrag der Domänengrundstücke für den Staat von 80 bis 40 M. für den Hektar zurückgeht, dann können Sie sich denken, wie sehr die Privatwirtschaften zurückgehen. Ist es richtig, daß die Zuckerindustrie ein landwirtschaftliches Gewerbe ist, ein wichtiges Exportgewerbe; ist es richtig, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der unrichtig ist, ohne jede Ausfuhrvergütung die Industrie ihrem Schicksal zu überlassen; ist es richtig, daß die anderen Staaten, trotz aller Versuche, sie von dem Wege abzurängen, fortzuehen, uns den ausländischen Markt zu nehmen, auf den wir drei Fünftel unserer Produktion abwälzen müssen, so glaube ich, kann kein Mitglied des hohen Hauses, das ein warmes Herz für die Landwirtschaft hat, der Regierung die Mittel versagen, hier eine Hilfe eintreten zu lassen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß in der Kommission es sich nicht mehr darum handeln wird, ob, sondern nur, wie wir in dieser gefährlichen Lage vorgehen. Ich gebe mich also der Hoffnung hin, daß die Kommissionsberatung zum Segen unserer ganzen deutschen Landwirtschaft ein gedeiliches Gesetz zustande bringen wird, freilich kein dauerndes Gesetz, sondern ein Kompromiß, etwas anderes ist es nicht. (Beifall.)

Der Herr Abg. v. Puttkamer-Blouth polemisiert ebenfalls energisch gegen Richter's Ausführungen; derselbe habe die Vorlage als die allergeringste bezeichnet, es sei aber merkwürdig, daß für den Abg. Richter immer diejenige Vorlage, die gerade auf der Tagesordnung steht, die gefährlichste sei. (Heiterkeit.) Abg. Richter meinte ferner, es handele sich hier vorzugsweise um Interessen von adligen, dem Hofe nahestehenden Leuten und von Ministern. Solche Insinuationen haben wir bisher nicht einmal von den Sozialdemokraten erlebt; dem Abg. Richter war es vorbehalten, diesen Ton hier einzuföhren. (Richter: Wenn Sie nur einen so anständigen Ton hätten! Heiterkeit.) Derselbe hat es also so dargelegt, als ob hier nur wohlhabende Leute in Frage kämen, die einer Staatskasse nicht bedürften. Nun, mir sind z. B. Fabriken bekannt, an denen 1200 Arbeiter beschäftigt sind. Das können doch sicherlich keine Minister oder Leute sein, die dem Hofe nahe stehen. Es handelt sich vielmehr vorzugsweise um Bauern. Der Abg. Richter hat ferner vergessen, daß man bezüglich des mit Rüben zu bebauenden Arealen nicht immer daselbe Terrain benutzen kann. (Richter: Habe ich ja gesagt), daß man vielmehr in einem bestimmten Terrain anbauen muß (Richter: Sprechen Sie doch die Ohren auf, das habe ich ja gesagt!) — Inruhe rechts — Präsident v. B. uol bittet um Ruhe). Da hat der Abg. Richter vielleicht die Stelle seiner Rede besonders leise gesprochen, um seine Unkenntnis in landwirtschaftlichen Dingen zu verbergen. Denn wenn der Abg. Richter auch in der hohen Politik sehr beschlagen sein mag, so habe ich doch vor seinen landwirtschaftlichen Kenntnissen keine Hochachtung.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Abg. Richter hat gestern die Zuckerindustrie vor dem Danaegetische dieser Vorlage gewarnt. Ja, ich frage den Abg. Richter, was hat er denn bisher der deutschen Landwirtschaft geschenkt und bewilligt? (Große Heiterkeit.) Er war Gegner der Schutzölle, Gegner des Brantweinsteuergesetzes, Gegner des Zuckersteuergesetzes, Gegner der letzten Brantweinsteuernovelle. Für das letztere hat noch kürzlich eine Vertretung von Weennern der Regierung den wärmsten Dank ausgesprochen, dasselbe habe die Brantweinindustrie vor völligem Niedergang bewahrt. (Lachen links. Auf: Liebesgaben!) Wenn die deutsche Landwirtschaft den Rathschlägen des Abg. Richter gefolgt wäre... (Abg. Richter: Dann wäre sie bereit Hungers gestorben. (Sehr richtig! rechts.) Lachen links.) Die Richter'sche Politik hat die deutsche Landwirtschaft in dieselbe Lage gebracht, in der sich heute die englische Landwirtschaft befindet. Wie kann Herr Richter den Entwurf mit dem Antrag König vergleichen! Wäre dieser Vergleich richtig, dann hätte Frankreich schon bis über die Ohren im Antrag König, und Desterreich und Holland nicht minder. Die Motive, die gestern Herr Richter anführte, die könnte man überhaupt gegen jede wirtschaftliche Maßregel anwenden. (Sehr richtig! rechts.) In seinem wissenschaftlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie stellt er immer den Einfluß des einzelnen Individuums auf die ganze Wirtschaftspolitik in den Vordergrund. Hier aber behauptet er, alles geschehe nur im Interesse der reichen Leute. (Abg. Richter: Das habe ich gar nicht gesagt!) Ich habe hier eine Statistik über 158 Zuckerfabriken vor mir. Daraus ergibt sich z. B., daß eine Gruppe von 17 Fabriken 2370, eine solche von 21 Fabriken 2675, 23 Fabriken 3509 und 24 in Summa 1560 Aktionäre hatten. Glaub Herr Richter, daß das alles reiche Leute seien? So viel reiche Leute giebt es ja gar nicht. (Heiterkeit.) Herr Richter schloß gestern mit den Worten: Wer es wirklich meint mit der Zuckerindustrie und mit der Landwirtschaft, der vereinige sich mit uns, um dieses Gesetz unmöglich zu machen. Ich schließe meine Rede damit: Wer es wirklich meint mit der Zuckerindustrie und mit der Landwirtschaft, der vereinige sich mit der Regierung, um die unfruchtbarere Wirtschaftspolitik des Abg. Richter unmöglich zu machen. (Beifall rechts.)

Nachdem der Sojdem. Bod unter dem Beifall der Freisinnigen und der Sozialdemokraten ausgeführt hatte, daß die Vorlage nur den reichen Leuten Vorteil bringe, den kleinen aber nichts nütze, spricht Dr. Schäbler (Str.) für Kommissionsberatung, worauf die Debatte abgebrochen wurde.

In einer persönlichen Bemerkung sagte dann noch Abg. Ri ch

ter: Drei geschlagene Stunden hat man in den Verhandlungen, mit ausschließlich verfehlt, eine Erweiterung auf meine gestrige Rede zu geben. Das war für mich sehr schmeichelhaft. (Heiterkeit.) Zwei Minister hinter einander wurden gegen mich aufgeboden und ein Führer der rechten Seite, obgleich gestern schon Graf Bischoff gegen mich gesprochen hatte, und das gegenüber einer Rede, von der immer gesagt wird, daß sie keine besondere Sachkenntnis und namentlich landwirtschaftliche Kenntnisse gezeitigt habe. Die Herren müssen doch wohl den entgegengesetzten Eindruck gehabt haben, sonst würden sie sich nicht so viel Mühe gegeben haben. Herr von Puttkamer hat im Laufe der persönlichen Ueberhebung gegen mich dasjenige zu ergänzen gesucht, was ihm an Sachlichkeit abging. Ich verzeihe ihm das, denn diese Tonart ist bei ihm Familienbesitz. (Heiterkeit.) Wenn er sagt, er habe bei dieser meiner Rede den letzten Rest von Hochachtung vor mir auf wirtschaftlichem Gebiete verloren, so kann ich ähnliches von meiner Person aus nicht behaupten, denn was man nie befehen hat, kann man auch nie verlieren. (Heiterkeit.) Der Herr Abg. von Puttkamer hat auf einen Zwischenruf meinerseits gemeint, ich hätte diesen Teil meiner Rede absichtlich sehr leise gesprochen. Der Herr Abgeordnete hat gestern in meiner nächsten Nähe meine Rede angehört. Das Mißverständnis rührt wohl nicht von einem Gehörfehler meinerseits, sondern von dem Umstande her, daß seine Auffassungsabgabe einer größeren Verbesserung bedarf. (Große Heiterkeit.)

Deutsches Reich.

— In der Sitzung des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen vom 3. März wurde die Frage der Einführung des Reichsgesetzes betr. den Unterstützungswohnsitz in Elsaß-Lothringen eingehend erörtert. Von sämtlichen Rednern des Hauses wurde erklärt, es müsse der Einführung der obligatorischen Armenpflege mit aller Kraft entgegengearbeitet werden. Das bestehende System habe sich vollkommen bewährt. Durch die Einführung des Unterstützungswohnsitzes werde Elsaß-Lothringen gegenüber den anderen Bundesstaaten schwer belastet werden. 100 000 Elsassier, die im übrigen Deutschland sich befinden, würden mehr wie 100 000 aus Aldeutschland in Elsaß-Lothringen Eingewanderte gegenüber. Sämtliche Redner erkannten aber auch an, daß etwas geschehen müsse, um der im Jahre 1894 im Reichstag gefassten Resolution und den von den anderen Bundesstaaten geführten Klagen gerecht zu werden. Die Kommission hatte vorgeschlagen, es solle die Regierung ersucht werden, für Beibehaltung der gegenwärtigen Armenverfassung einzutreten; um aber die Nachteile der Nichterfüllung des Unterstützungswohnsitzes auszugleichen, solle ein Kredit verlangt werden, welcher ausreiche, den Staatsangehörigen anderer Bundesstaaten die gebührende Unterstützung gewähren zu können. Staatssekretär v. Puttkamer betont auf das Bestimmteste die Dringlichkeit der Angelegenheit; eine Reichstagsresolution läge vor, von Preußen und den anderen Bundesstaaten werde auf Erledigung der Sache gedrungen. Mit liebenswürdigen Worten sei hier nichts mehr auszurufen. Der Vorschlag der Kommission sollte den Weg angeben, auf welchem vielleicht die Einführung des Unterstützungswohnsitzes durch Reichsgesetz erreicht werden könne. Es müßte aber unbedingt zur Erledigung der Frage geschritten werden. Die Angelegenheit wurde an eine Kommission zurückgewiesen, welche bestimmte Vorschläge machen soll.

Aus dem Großherzogtum.

— Der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Hundesteuer hält die Erhöhung von 16 auf 20 Mark nicht für geboten, den Gemeinden über 4000 Einwohner soll es dagegen gestattet sein, die Sätze durch Gemeindebeschlüsse mit Staatsgenehmigung von 8 und 16 Mark auf 12 und 24 Mark zu erhöhen. Die sonstigen Abänderungen der bestehenden Gesetzgebung sind untergeordnet Natur.

— Das Ministerium des Innern hat mit Erlaß, datiert Karlsruhe, 19. Februar 1896, die Melurje, welche gegen die Entscheidung des Bezirksrates Baden vom 25. September v. J. — die Kanalisation der Stadtgemeinde Baden, hier das generelle Projekt der Errichtung einer Kläranlage betreffend — in den Einsprachen des Herrn v. Ubersdorff und Genossen, der Gemeinden Dös und Sandweier, der Firma Theod. Schneider und Genossen, des Herrn Franz Sals Mier und Genossen, des Gemeinderats Mastatt und des Wertmehlers G. Degler und Genossen enthalten sind, unter Verfallung der Rekurrenzen in die Kosten, als unzutreffend zurückgewiesen.

— Vor einigen Tagen haben unter der Leitung des Herrn Dr. Friedrich v. Duhn, Professor der Archäologie an der Universität Heidelberg 20 Personen (Professoren, Lehramtspraktikanten und ein Photograph) eine Studienreise angetreten. Die Teilnehmer verammelten sich in Basel, begaben sich zunächst nach Genua und werden von da über Florenz nach Rom fahren. Nach stägigem Aufenthalt daselbst wird Unteritalien und später Sizilien durchsichtigt, worauf die Reise nach Tunis fortgesetzt wird.

— Eine wichtige Entdeckung hat der Photograph Döhl in Lauch gemacht. Er experimentierte mit Magnesiumlicht und fand hierbei, daß auch diese Strahlen, ähnlich wie die Kontinentsstrahlen, infolge ihres Reichthums an ultravioletten Strahlen, Holz, Pappe u. m. mit Leichtigkeit durchdringen. Er hat bereits unter Rapppe befindliche Goldstücke mit Hilfe dieses Lichtes photographirt und hofft, wie der „Anziger“ mitteilt, durch weitere Experimente die Durchdringlichkeit anderer Lichtarten, z. B. des Sonnenlichts, nachweisen zu können.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 4. März.

— In der Berichterstattung über die gestrige Versammlung des nationalliberalen Vereins mußten wir im heutigen I. Blatt am Schluß aus technischen Gründen und sehr kurz fassen. Wir möchten deshalb auf die von der Versammlung sehr beifällig angenommene zweite Rede in Sachen der Wahlreform noch mit einigen Worten zurückkommen. Herr Staatsanwalt Jolly führte nämlich aus: Es sei kein Zweifel, daß mit dem Grundgedanken Fieser's, die allgemeine indirekte Wahl verlange zum Wohle des Ganzen notwendigerweise eine besondere Vertretung der beruflichen Interessen, die ganze nationalliberale Partei einverstanden sei. Eine lediglich nach mathematischen Maßstäben zusammengesetzte II. Kammer sei nur scheinbar eine Vertretung des gesammten Volkes. Die vielfachen Interessen des Bürgerthums verlangten mit Notwendigkeit eine besondere Vertretung, vor allem deshalb, weil das Gedeihen und bessere Fortkommen sehr vieler kleiner Leute besser durch die rührige und weiterbildende Einsicht dieser bürgerlichen Kreise, als durch den heftigen und kurzzeitigen Eifer der sozialdemokratischen Führer gewährleistet sei. Der Wege, wie eine gesunde Interessenvertretung neben dem direkten allgemeinen Wahlrecht geschaffen werden könne, gebe es mehrere. Hauptfache bleibe, daß die Partei immerfröhlicher und mit propagandistischem Eifer auch nach außen geltend mache, daß ihre Forderungen nicht selbstthätig, sondern aus dem Gesamtinteresse gerechtfertigt sein. Nicht aus Furcht vor der

